

99%
NEIN
NON
NO

Kurzfassung der Ergebnisse der Studie «Auswirkungen einer Kapitaleinkommensbesteuerung im Umfang von 150 Prozent auf mittelständische Unternehmen und besonders Familienunternehmen in der Schweiz» (Zürich, August 2020).

99%-Initiative der JUSO:

Verheerend für Familienunternehmen und den Innovationstandort Schweiz

Die Juso-Initiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» («99% -Initiative») will ab einem bestimmten Schwellenwert Kapitaleinkommen im Umfang von 150% besteuern und eine Kapitalgewinnsteuer einführen. Die Studie von Tax Partner AG zeigt mittels Fallbeispielen die schwerwiegenden Auswirkungen einer solchen Kapitaleinkommensbesteuerung auf mittelständische Unternehmen, auf Familienunternehmen und auf Startups. Die Konsequenzen der Initiative wären für diese existenzbedrohend. Die Attraktivität der Schweiz als Innovationsstandort und Standort für erfolgreiche Unternehmerinnen Unternehmer sowie Gründerinnen und Gründer geht durch die Initiative massiv zurück. Die Folge wäre eine Abwanderung in Länder mit besseren Rahmenbedingungen.

Die Initiative will Kapitaleinkommensteile, die über einem zu definierenden Schwellenwert liegen, massiv stärker besteuern; vorgesehen ist, diese im Vergleich zu Lohneinkommen um 50% stärker zu belasten. Der Initiativtext legt nicht exakt fest, welche Einkommensteile zu den Kapitaleinkommen zu zählen sind. Gemäss Auslegung der Initianten wären Zinserträge (auch Mietzinsen), Dividenden und Kapitalgewinne betroffen, also etwa auch die Gewinne aus Unternehmensverkäufen.

Die von economiesuisse sowie Swiss Family Business in Auftrag gegebene Studie untersucht die Auswirkungen der Initiative mit der vorgesehenen Kapitaleinkommensbesteuerung im Umfang von 150% Prozent auf drei Bereiche: Auf die laufende Besteuerung von mittelständischen Unternehmen, auf die Nachfolgeplanung bei Familienunternehmen und auf den Verkauf von Startups. Sie beschreibt, wie die 99%-Initiative die Schweizer KMU, Familienunternehmen und Startups massiv zusätzlich belastet und damit den Standort Schweiz für Unternehmerinnen und Unternehmer, insbesondere auch im Bereich der Innovationsförderung, unattraktiv macht.

Folgerung 1 aus der Studie:

Weniger Arbeitsplätze aufgrund des Rückganges von Investitionen in die Unternehmen

Das verfügbare Einkommen aus der unternehmerischen Tätigkeit wird mit der Initiative deutlich sinken. Damit die Unternehmerinnen und Unternehmer mit der 99%-Initiative weiterhin über das gleichhohe verfügbare Einkommen nach Steuern wie nach geltendem Recht verfügen, müssen sie aufgrund des zusätzlichen Substanzabflusses an den Staat ihre laufenden Bezüge aus dem Unternehmen erhöhen.

Viele Familienunternehmerinnen und -Unternehmer müssen sich auch eine Dividende ausschütten, um zusätzlich zu ihren Einkommensteuern die Vermögenssteuern auf ihrem Unternehmen bezahlen zu können. Wird die Besteuerung der Dividenden erhöht, müssen von den Firmeninhaberinnen und -

Inhaber zusätzliche Mittel aus dem Unternehmen abgezogen werden, damit sie über den notwendigen Betrag für die Begleichung der Vermögenssteuer verfügen. Zu diesem Zweck müssten sie entweder ihr jährliches Gehalt und/oder ihre jährliche Dividendenausschüttung stark erhöhen.

Bei der laufenden Besteuerung eines Familienunternehmens führt die 99%-Initiative zu einer erheblichen Zusatzbelastung der Unternehmenden. Die Studie zeigt auf, dass die Zusatzbelastung durch die 99%-Initiative bei Familienunternehmen zu einem erheblichen jährlichen Abfluss von Steuermitteln an den Staat führt. Diese fehlen im Unternehmen. Es kommt zu einer fortlaufenden Substanzabnahme: Es bleiben weniger Mittel für Investitionen in Mitarbeitende, Forschung und Entwicklung sowie die Infrastruktur. Das gefährdet letztlich die Arbeitsplätze in den betroffenen Firmen. Die 99%-Initiative zerstört damit die Anreize für eine unternehmerische Tätigkeit in der Schweiz.

Folgerung 2 aus der Studie: Beschleunigtes Verschwinden der Familienunternehmen

Aus verschiedenen Untersuchungen ergibt sich, dass 92% aller Nachfolgeregelungen entgeltlich erfolgen. Bei einer Nachfolgeregelung wird die über viele Jahre aufgebaute Firmensubstanz übertragen. Abtretende Unternehmerinnen und Unternehmer müssen aus dem Verkaufserlös entweder ganz oder teilweise ihren Lebensunterhalt im Alter finanzieren oder mehrere Kinder sind im Rahmen der Erbteilung gleichmässig abzugelten. Der im Rahmen der Initiative vorgesehene Schwellenwert wird damit selbst bei kleineren Firmenstrukturen deutlich überschritten.

Die Studie zeigt, dass der heute weitgehend steuerfreie Nettoerlös der Unternehmerinnen und Unternehmer aus der entgeltlichen Nachfolgeregelung nach Inkrafttreten der 99%-Initiative beträchtlich sinkt. Die Differenz ergibt sich durch den substanziellen Abfluss eines Teils des Verkaufserlöses an den Staat. Unternehmerinnen und Unternehmer müssen den Kaufpreis für ihre Unternehmung erhöhen, falls sie ihren Nettoerlös aus der Nachfolgeregelung mit der 99%-Initiative im Vergleich zum geltenden Recht gleich hochhalten wollen. Dies führt schliesslich dazu, dass die Nachfolge den entsprechend erhöhten Verkaufspreis finanzieren muss.

In den meisten Fällen muss die Kaufpreiserhöhung von der Nachfolge aus der übernommenen Unternehmung finanziert werden. Das bewirkt im Ergebnis einen Mittelabfluss aus der Unternehmung. Damit fehlt der Unternehmung der finanzielle Spielraum für Investitionen in Mitarbeitende, in Innovationen und in die Erneuerung der Infrastruktur. Letztlich steigt auch das Risiko, dass die Finanzierung mangels Kreditgebende nicht zustande kommt, die Nachfolge scheitert und das Unternehmen liquidiert werden muss.

Die 99%-Initiative hat besonders massive Auswirkungen auf die Unternehmensnachfolge in Familienunternehmen, indem sie zu einer höheren Verschuldung der Nachfolgegeneration führt. Da diese Schulden in den meisten Fällen durch das übernommene Unternehmen finanziert werden müssen, wird das Unternehmen geschwächt: Statt in Mitarbeitende und den Standort Schweiz zu investieren ergibt sich ein Mittelabfluss. Mittel müssen aus dem Unternehmen herausgelöst werden. Das gefährdet längerfristig nicht nur die Arbeitsplätze in den betroffenen Unternehmen, sondern erschwert den Übergabeprozess an die nachfolgende Generation. Mittel- und längerfristig werden viele Familienunternehmen verschwinden.

Folgerung 3 aus der Studie:**Massiver Rückschlag für den Innovationsstandort Schweiz**

In der Schweiz hat sich in den letzten Jahren eine vitale Gründerinnen- und Gründer-Szene entwickelt. Jährliche Rankings attestieren der Schweiz aufsteigende Ränge bei den Rahmenbedingungen für innovationstreibende Unternehmen wie Startups. Startups haben in den vergangenen Jahren gegen 50'000 Jobs geschaffen. Die Dynamik ist weiterhin ungebrochen: Es kann damit gerechnet werden, dass in den kommenden Jahren weitere Stellen geschaffen werden – sofern sich die Rahmenbedingungen nicht verschlechtern.

Gründerinnen und Gründer von Startups fokussieren ihre unternehmerische Energie oft voll in den erfolgreichen Aufbau eines neuen Geschäftsmodells. Mangels liquider Mittel sind die Lohnbezüge in der Anfangsphase des Unternehmens nur stark eingeschränkt möglich. Erst mit dem Verkauf der Beteiligungsrechte am Jungunternehmen, oft an eine grössere Firma, können die Gründerinnen und Gründer eine angemessene Entschädigung für ihre Anstrengungen erzielen. Vielfach investieren sie die erzielten Gewinne dann wieder in neue Startups. Bei einer allfälligen Annahme der 99%-Initiative würden diese Veräusserungsgewinne aus Startup-Verkäufen neu auch im Umfang von 150% besteuert. Die Folge: Ein grosser Teil des Erlöses aus dem Verkauf des Startups wird wegbesteuert. Damit sinkt die Attraktivität für Investitionen in die Innovationszene.

Die 99%-Initiative macht Investments in Startups ökonomisch unattraktiv, deswegen werden die Investments deutlich zurückgehen. Da die Startups Mühe haben werden, sogenannte «Business Angels» zu finden, werden sie Geschäftsmodelle wählen, die ohne externe Finanzierung auskommen und deswegen weniger wachsen. Je nachdem wie viele Startups keine «Business Angels» mehr finden, werden Startups in Zukunft bis zu einem Drittel weniger Arbeitsplätze schaffen als heute. Mit der 99%-Initiative entstehen etwa ein Drittel weniger Stellen – konkret bedeutet das, dass hier rund 20'000 Stellen nicht entstehen.

Mit der 99%-Initiative würde die Attraktivität der Schweiz für Gründerinnen und Gründer dramatisch einbrechen. Die Initiative der JUSO führt im internationalen Vergleich zu einer massiven Schwächung des Innovationsstandorts Schweiz. Ihre Annahme würde dazu führen, dass Gründerinnen und Gründer der Schweiz den Rücken kehren werden: Es würden nicht nur deutlich weniger Arbeitsplätze in zukunftssträchtigen Branchen entstehen, sondern der Innovationsplatz würde mit dem Exit der in den letzten Jahren aufgeblühten Schweizer Startup-Szene geschwächt werden.

Informationen zur Studie «Auswirkungen einer Kapitaleinkommensbesteuerung im Umfang von 150 Prozent auf mittelständische Unternehmen und besonders Familienunternehmen in der Schweiz»

Die Studie zeigt die Auswirkungen einer Kapitaleinkommensbesteuerung im Umfang von 150 Prozent gemäss Initiative auf mittelständische Unternehmen und Familienunternehmen. Im Fokus stehen dabei die Auswirkungen der Initiative auf drei Bereiche:

- die jährlich wiederkehrende Besteuerung;
- die Unternehmensnachfolge;
- den Ausstieg von Gründerinnen und Gründer aus ihren Startups mittels Verkaufs.

Dargestellt wird die laufende Besteuerung von Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit nach geltendem Recht und nach einer allfälligen Einführung der 99%-Initiative. Um eine repräsentative Bandbreite für die anwendbaren Steuersätze zu erhalten, wurden die Hauptorte Aarau, Zug und Lausanne als Wohnsitz bzw. Sitz der Gesellschaft ausgewählt. Auf Grundlage eines Fallbeispiels eines typischen Unternehmers wird eine Vergleichsrechnung erstellt.

Im Einzelnen werden die Auswirkungen der 99%-Initiative auf die laufende Besteuerung eines Familienunternehmens sowie die Steuerfolgen eines typischen Nachfolgeprozesses dargestellt. Schliesslich werden basierend auf einem typischen Fallbeispiel die Auswirkungen der Initiative auf die Nachfolgeregelung bei einem Startup gezeichnet.

Die Studie wurde von Tax Partner AG (Zürich) im Auftrag von economiesuisse sowie Swiss Family Business erstellt.

Die vollständige Studie finden Sie unter: <https://nein-zu-99prozent.ch/downloads/>

Über das Komitee «Nein zu 99%»

Das Komitee «Nein zu 99%» setzt sich gegen die schädliche 99%-Initiative und für die Zukunft des Schweizer Wirtschafts- und Innovationsstandorts ein. Die Aktivitäten des Komitees werden getragen von Swiss Family Business, Digitalswitzerland und der Swiss Entrepreneurs & Startup Association (SWESA). <https://nein-zu-99prozent.ch>

Über Swiss Family Business

Swiss Family Business ist eine Plattform von familien- und inhabergeführten Unternehmen. Als Interessenorganisation vertritt sie gegenüber den politischen Entscheidungsträgern, den Behörden und der Öffentlichkeit die Anliegen von Familienunternehmen und zählt heute über 370 Mitglieder aus der ganzen Schweiz. <https://swiss-family-business.ch/>

Über Digitalswitzerland

Digitalswitzerland ist eine schweizweite, branchenübergreifende Initiative, die darauf abzielt, die Schweiz als weltweit führenden Standort für digitale Innovation zu positionieren und zu verankern. Unter dem Dach von Digitalswitzerland arbeiten über 220 Verbandsmitglieder und politisch unabhängige Stiftungspartner eng zusammen, um dieses Ziel zu erreichen. <https://Digitalswitzerland.com/>

Über SWESA

SWESA will die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für Startups und innovative KMU in der Schweiz nachhaltig verbessern. Der Verband engagiert sich für die Anliegen seiner momentan rund 150 Mitglieder, informiert aktuell und transparent und bildet zudem die Trägerschaft der parlamentarischen Gruppe für Startups und Unternehmertum. <https://www.swesa.ch/>

Kontakt

«Nein zu 99%»
Ivan Jäggi
Postfach 2407
CH-8024 Zürich 1

Telefon +41 44 266 67 81
Website: <https://nein-zu-99prozent.ch>
E-Mail: info@nein-zu-99prozent.ch
https://twitter.com/SFB_CH